

### 3. Verwaltungskämpfe als Ersatz für „öffentliche Meinung“: Die deutsche Sozialversicherungsdiskussion im Winter 1945/46

In den ersten Monaten der Besatzungszeit sind politische Auseinandersetzungen, so scheint es vielfach, in der französischen Zone kaum geführt worden. Parteien und Gewerkschaften befanden sich noch im Gründungsstadium, Zeitungen wurden erst allmählich lizenziert und schrieben vielfach bewußt zurückhaltend, um der Zensur der Militärregierung vorzubeugen. Übereinstimmend berichten sowohl die internen Rappports der Militärregierung wie Zeitgenossen, welche damals politische Verantwortung übernahmen, von der allgemeinen politischen Apathie, welche auf das Ende des „III. Reiches“ folgte, von dem Mangel an Engagement, von den Schwierigkeiten, qualifizierte Persönlichkeiten für die vielfältigen politischen Aufgaben zu gewinnen.

Wie die Debatte um die Sozialversicherung zeigt, ist hier jedoch zu differenzieren. Verbreitete politische Lethargie bedeutete nicht ein Fehlen der politischen Auseinandersetzung. Wenn auch nicht immer öffentlich, so wurden Kontroversen doch unter den verschiedenen politischen Kräften und mit der Militärregierung zum Teil sehr hart ausgetragen. Die Erinnerung der mit den Ernährungsproblemen und sonstigen Kriegsfolgen belasteten Zeitgenossen mag auch hier zur rückblickenden Verzerrung der Perspektiven wieder beigetragen haben. Gerade die Sozialversicherung bildete in der allgemeinen Reformstimmung der Zeit nach dem Zusammenbruch ein Thema, das unter den sich neu oder wieder formierenden politischen Kräften besonders umstritten war.

Im Vergleich zur Disposition der Anhänger und der Gegner eines Einheitsversicherungssystems in der britischen und amerikanischen Zone<sup>1</sup> ergab sich trotz vielfach ähnlicher Konstellationen in der französischen Zone dadurch eine etwas andere Problemstruktur, daß die Reform im Südwesten nicht Planung blieb, sondern teilweise realisiert wurde.

Im Jahre 1945 sind die Fronten der Auseinandersetzung noch nicht so klar zu fassen wie in späteren Jahren. Dies liegt einmal daran, daß nach dem Abschluß der Neuorganisation des politischen Lebens 1949, bei der Debatte um die Wiedereinführung des alten Sozialversicherungssystems, weit mehr Kräfte an der Diskussion beteiligt waren als in der Frühzeit; hierauf wird zurückzukommen sein.<sup>2</sup> Zum andern liegt es an der Verflechtung von Politik und Verwaltung: Infolge der zahlreichen Funktions- und Ämterkumulationen sind Verwaltung, Parteien, Gewerkschaften und Interessengruppen in der französischen Zone als Akteure im politischen Entscheidungsprozeß nicht klar voneinander zu unterscheiden, und insbesondere nicht in der ersten Zeit, der Zulassungsphase der Organisationen. So war der christliche Gewerkschaftler Karl Gengler Leiter der AOK Rottweil und Sprecher der württemberg-hohenzollerischen Ortskrankenkassen, wurde 1947 als CDU-Abgeordneter

<sup>1</sup> HOCKERTS, Entscheidungen, bes. S. 36 ff.

<sup>2</sup> Siehe unten S. 308 ff.